



# INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

## Steuerreformopfer: Auch Medebach bald wieder in den roten Zahlen?

Städte und Gemeinden schlagen Alarm. Nach Beantragung ihrer Spitzenverbände müssen sie mit jährlichen Steuerausfällen von 10 Milliarden DM rechnen, wenn die Bundesregierung 1990 ihre „Super-Steuerreform“ ohne Abstriche durchzieht.

Quer durch die Parteien sind sich Kommunalpolitiker darüber einig, daß dieser Aderlaß nicht verkraftet werden kann.

Der Deutsche Städtetag spricht von einer „Zumutung“, und Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel hält die geplante Steuersenkung von 44 Milliarden DM (brutto) für „völlig utopisch“. Die Kommunen wären vom Bonner Super-Steuerpaket gleich doppelt betroffen: Neben direkten Steuerausfällen von 6,4 Milliarden DM befürchten sie zusätzliche Kürzungen der Länderzuweisungen von 3,7 Milliarden DM, da auch die Länder von der Steuerreform hart gebeutelt werden.

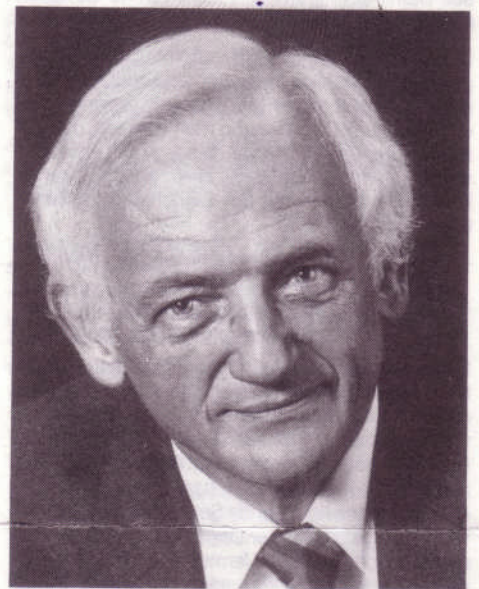
Darüber hinaus sehen die Kommunen jährliche Steuerausfälle von rund vier Milliarden DM auf sich zukommen, weil die bisherigen Wachstumsannahmen für die mittelfristige Steuerschätzung zu optimistisch waren.

Für die Bundesregierung ist die Lösung einfach. Steuersenkungen, so verkündet sie unverdrossen, seien die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern, und dafür müßten eben auch die Kommunen Opfer bringen.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört aber ganz gewiß nicht ein erneuter Zusammenbruch der kommunalen Investitionstätigkeit, dieser ist jedoch als Folge der Steuerausfälle zu erwarten. Der Stadt Medebach werden durch die Steuerreform ab 1990 jährlich gut 700.000 DM fehlen. Da ein Ausgleich nicht in Sicht ist, muß befürchtet werden, daß die Stadt erneut zur Ausgleichsstockgemeinde wird.

Die Folgen — noch höhere Grund- und Gewerbesteuer — sind somit vorprogrammiert, zumal auch in Medebach bereits die Folgen der zu optimistischen Steuerschätzungen der vergangenen Jahre zu erkennen sind. So mußte bereits im Nachtragshaushalt 1987 bei den Einnahmen aus der Einkommenssteuer der erhoffte Ansatz um rund 100.000 DM reduziert werden.

Wenn man sich dann noch die Folgen der FDP-Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer vor Augen führt, so sieht die Zukunft für die Gemeinden und insbesondere für uns in Medebach düster aus. Die Medebacher CDU hat natürlich den Verursacher der Misere bereits in der SPD-geführten Landesregierung ausgemacht — doch auch ihnen dürfte wohl mittlerweile bekannt sein, daß zumindest 1988 die Stadt Medebach sogar noch rund 450.000 DM mehr als in diesem Jahr an Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale erhalten wird.



## NRW-Arbeitsminister Hermann Heinemann kommt am 11. 11. 87 nach Medebach

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann, kommt auf Einladung des SPD Ortsvereins am 11. November nach Medebach.

Heinemann, der bereits vor einigen Jahren schon einmal zu Gast bei der Medebacher SPD war, ist auch Vorsitzender des SPD Bezirks Westliches Westfalen.

Für den Besuch ist folgendes Programm vorgesehen:

18.00 Uhr Empfang des Ministers im Rathaus

19.30 Uhr Öffentl. Veranstaltung im Gasthof Lübbert

Minister Heinemann wird zu aktuellen politischen Problemen sprechen und sich anschließend den Fragen der Veranstaltungsteilnehmer stellen.

Der SPD Ortsverein lädt alle interessierten Medebacher zu dieser Veranstaltung herzlich ein.

## Stoltenbergs Schuldenberg wird weiter wachsen

Schneller als erwartet sind die Befürchtungen der SPD hinsichtlich geringerer Steuereinnahmen in der Zukunft durch eine neue Schätzung des renommierten Münchener Ifo-Institutes bestätigt worden. Im Finanzplan 1988 bis 1991 des Bundes insgesamt 25,6 Milliarden DM Steuereinnahmen fehlen werden, davon schon 0,9 Milliarden DM im Jahre 1988.

Auch für 1987 werden noch einmal zusätzlich 1,1 Milliarden DM im Bundeshaushalt fehlen, die die Neuverschuldung 1987 auf über 27 Milliarden DM hochtreiben werden; über 5 Milliarden DM mehr als im Haushaltsjahr 1987 vorgesehen.

Geringere Steuereinnahmen werden die Netto-Neuverschuldung in den Folgejahren nicht nur erhöhen, sondern auch die Zinsbelastung

des Bundes für seine Kredite weiter ansteigen lassen. Die von der SPD ausgesprochene Befürchtung, die Zinsbelastung werde im Jahre 1991 auf über 40 Milliarden DM ansteigen, wird durch die neueste Entwicklung noch wahrscheinlicher.

Kurz: Stoltenbergs Finanzpläne sind schon jetzt Makulatur. Reißt die Finanzierung der sogenannten Steuerreform schon Milliardenlöcher in den Haushalt, die durch Steuererhöhungen, Streichung von Steuerbefreiungen, Abschaffung oder Kürzung von Freibeträgen gestopft werden sollen, so kommen jetzt neue Defizite hinterher. Auch dafür werden erneut breite Schichten der Bevölkerung die Zeche zahlen — mit verheerenden Folgen für die Konjunktur.

Wurfsendung

### Abitur in Medebach?!

Die Einrichtung einer Oberstufe am Gymnasium Medebach, für die sich im Rat alle — mit Ausnahme des Leiters der Hauptschule — eingesetzt haben, weil dieses zum Vorteil unserer Kinder ist, begegnet Schwierigkeiten. Der Regierungspräsident (RP) hält die Annahme der Stadt für falsch, es würden 80 - 85% der Schüler aus der Jahrgangsstufe 10 auch die Oberstufe besuchen. Dies nämlich wäre nötig, damit in jedem Jahrgang der Oberstufe die vom Gesetz geforderten 42 Schüler vorhanden wären.

Brilon, Marsberg und Korbach mit Übergangsquoten zwischen 85 und 97% könnten zum Vergleich nicht herangezogen werden, weil im Durchschnitt nur mit einer Übergangsquote von 65% zu rechnen sei. Damit aber würde die Zahl von 42 Schülern nicht erreicht.

Diese Auffassung des RP scheint uns wenig begründet. Tatsächlich besuchen schon jetzt ca. 65% der Absolventen des Medebacher Gymnasiums die Oberstufe. Daraus kann man ableiten, daß bei Einrichtung der Oberstufe dieser Anteil erheblich stiege. Denn mindestens zwei abschreckende Umstände würden mit der Einrichtung in Medebach entfallen:

- der kaum zumutbare Schulweg nach Winterberg,
- die Benachteiligung gerade Medebacher Schüler durch das Winterberger Gymnasium.

Letzteres ist nach Angaben des Stadtdirektors beim RP wohl bekannt. Es ist nämlich nicht nur so, daß der Winterberger Stundenplan auf den Schulweg auswärtiger Schüler keine Rücksicht nimmt. Darüberhinaus ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen — und wird offenbar beim RP geteilt — aus Medebach kommende Schüler würden in Winterberg ungeachtet ihrer Leistungen zunächst einmal schlecht benotet. Vermutlich will man damit den Eindruck erwecken, spätere bessere Benotungen hätten die Schüler dem angeblich besseren Unterricht in Winterberg zu verdanken.

Tatsächlich spricht die Erfolgsstatistik der aus Medebach kommenden Abiturienten dafür, daß hier jedenfalls nicht schlechter, wohl eher besser unterrichtet wird als in Winterberg.

Wegen der als ungerecht empfundenen Behandlung Medebacher Schüler in Winterberg kommt es immer häufiger vor, daß Medebacher statt nach Winterberg nach Korbach oder Frankenberg auf die Oberstufe gehen.

Nicht nur darum, sondern vor allem wegen des unzumutbaren Schulweges werden wir auf der Einrichtung einer Oberstufe in Medebach bestehen!

### Zitate

#### aus der Union über Geißler

- „billiger Effekthascher“ (Bayernkurier)
- einer, der „sozialdemokratisches Gedankengut in die Union einschleppt“ (Strauß)
- er lasse den Kohl unter sich als Parteivorsitzenden arbeiten (Strauß)
- er habe ein Gesicht „wie ein ungemachtes Bett“ (Strauß)
- der halte sich leider für einen Intellektuellen und Philosophen, aber dazu reiche es nun mal nicht (Kohl) (Quelle: SZ Nr. 217/87)

Seit Juli diesen Jahres hat die von den Verkehrsvereinen und der Stadt gegründete Touristik-Gesellschaft eine Geschäftsführerin. Demnächst wird sie auch von einer im wesentlichen vom Arbeitsamt bezahlten Kraft unterstützt.

Frau Haack ist dabei, zunächst eine wirklichkeitsnahe Bestandsaufnahme der vorhandenen Betten zu erreichen. Dies ist wichtigste Voraussetzung für die sinnvolle Beratung interessierter Urlaubsgäste. Bisher konnte die Stadt eine solche Übersicht leider nicht gewinnen, wohl weil viele Pensionseinhaber steuerliche Sorgen bei wahrheitsgemäßen Angaben hatten. Hoffentlich werden sie ihrem eigenen Unternehmen die nötigen Auskünfte nun nicht mehr vorenthalten.

Nötig wird es sein, den Interessenten neben einem Unterkunftsverzeichnis auch einen Bildprospekt der Stadt zu überreichen. Der alte ist seit über 10 Jahren nicht mehr überarbeitet worden, eine neue Ausgabe steht daher an. Die Stadt wird sie finanziell absichern.

Aus dem Bildprospekt sollten die Angebote Medebachs und der Ortsteile für den Einzel- und Familientouristen und für kleinere Gruppen hervorgehen. Denn mit den Möglichkeiten für größere Gruppen, die Winterberg oder Willingen offerieren, können wir keinesfalls mithalten. Wir sollten dies auch gar nicht erst versuchen.

Wer Winterberg oder Willingen kopieren wollte, gäbe sich Illusionen hin und stieße die an Medebach interessierten Urlauber ab.

Medebach und seine Ortsteile müssen denen eine Alternative bieten, die keinen Rummel wollen, die lieber wandern, in kleinen Gruppen eine Waldführung erleben, auch mal reiten, Tennis spielen oder langlaufen wollen.

Auch eine vervollständigte, erweiterte Sauna werden wir demnächst bieten können. Endlich hat sich

auch die CDU dazu durchgerungen, ihre unverständliche Haltung, die wir im letzten rotmond als Schildbürgerstreich kritisiert haben, aufzugeben. Die notwendigen Arbeiten werden jetzt durchgeführt. Auch der Bürgermeister mußte einräumen, daß das Freizeitzentrum jedenfalls noch lange auf sich warten lassen wird. Nicht einmal das schon für Februar 87 versprochene Gutachten liegt bis heute vollständig vor.

Wenn wir unseren Gästen vor allem Erholung in der Natur bieten wollen, müssen wir ihnen auch eine Wanderkarte an die Hand geben. Ein Neudruck ist vorgesehen. Auf der Rückseite sollte der Wanderer über die einzelnen Wege informiert werden, Hinweise auf Einkehrmöglichkeiten in Gasthöfen und markante Punkte dürfen nicht fehlen. Könnten sich Gasthöfe, Pensionen und Hotels nicht zusammenschließen, auch mit solchen aus Nachbarorten, und 3- bis 5-Tage-Wanderungen anbieten?

Hinzuweisen ist aber auch auf unschöne Erscheinungen. Eine Wanderkarte setzt bezeichnete Wege voraus. Diese Aufgabe hat in den vergangenen Jahren Herr Pasch im Auftrag des SGV vorbildlich wahrgenommen. Herr Pasch hat diese Arbeit nun leider eingestellt.

Irgendjemand paßte das Auszeichnen der Wege aus unerfindlichen Gründen nicht. Zunächst erhielt Herr Pasch telefonisch anonyme Drohungen, dann wurde ihm sogar Farbe an die Hauswand geworfen. Demnach gibt es offenbar Kriminelle, die eine Verbesserung des Fremdenverkehrs torpedieren wollen.

Betrüblich ist auch, daß die Stadt die Wanderwegeauszeichnung nicht ausreichend unterstützt. Früher, zuletzt vor 3 Jahren, half sie mit einem Zuschuß von 200,— DM. Auf den entsprechenden Antrag in diesem Jahr hat der SGV bisher nicht einmal eine Antwort erhalten. Ob das der Verbesserung des Fremdenverkehrs dient?

## ... gelinkt?

### Durchsetzung landespolitischer CDU-Direktiven durch Druck und fehlerhafte Rechtsauskünfte: SPD-Zustimmung unter falschen Voraussetzungen.

Der Rat hat in der Oktobersitzung die Zahl seiner Fachausschüsse erheblich heruntersetzt. Ob dies mitten in der Wahlperiode so dringlich war, mag man bezweifeln. Noch fraglicher erscheint uns, ob der Effekt einer strafferen Arbeit sich wirklich einstellen wird.

Die Zukunft wird zeigen, ob Ausschußmitglieder und Verwaltung bereit sind, höhere Verantwortung selbst zu tragen und Entscheidungen nicht in die größeren und anonymen Gremien Fraktion und Rat abzuschieben.

Daß der Hauptausschuß nicht mehr alle wichtigen Beschlüsse der Fachausschüsse nochmals beraten sollte, hätte sich schon aus der geltenden Zuständigkeitsordnung ergeben. Den Fremdenverkehrsausschuß aufzulösen, schien uns wegen der Gründung der Touristik-Gesellschaft gerechtfertigt. Der Feuerwehrausschuß hätte aber besser bestehen bleiben sollen. Groß-Ausschüsse wie Bau- und Planungsausschuß oder Jugend/Kultur/Sport-Ausschuß müssen erst noch beweisen, daß sie ihre Arbeit erfolgreich gestalten können.

Notfalls werde die CDU dieses Konzept ihrer kommunalpolitischen Vereinigung mit ihrer absoluten Mehrheit durchsetzen, hatte der Bürgermeister gedroht.

Vor der Ausschußneubildung wollte die CDU dennoch Einvernehmen mit der SPD herstel-

len. Dazu hat auch ein Gespräch zwischen Verhandlungsführern der Fraktion stattgefunden. Hinterher hat die CDU-Fraktion getroffenen Vereinbarungen größtenteils umgestoßen. Unter diesen Umständen fragt man sich, wozu überhaupt noch Gespräche geführt werden. Wenn die CDU glaubt, mit ihrer Mehrheit die anderen überfahren zu sollen, mag sie dafür allein die Verantwortung tragen. Sie sollte nicht vorher einen falschen Anschein erwecken. Vertrauen erweckt solches Verhalten sicher nicht.

Eine Rechtsauskunft des Stadtdirektors über die den einzelnen Fraktionen in den Ausschüssen zustehenden Sitze verdient besondere Kritik. Danach nämlich sollten die Sitze für Ratsmitglieder und sachkundige Bürger gesondert verteilt werden müssen — was für die stärkste Fraktion, also die CDU, günstiger ist. Dies wurde als Druckmittel für eine Einigung gegen uns benutzt, weil es bei einer Einigung über die Ausschußbesetzung auf diesen Punkt nicht mehr ankommt. Tatsächlich war diese Behauptung des Stadtdirektors (siehe auch Vorlage des Stadtdirektors zum interfraktionellen Gespräch) nicht richtig. Es erfolgt keine gesonderte Berechnung der Sitze.

Fazit:

In Zukunft können wir uns wohl nicht mehr immer auf die Auskünfte des Stadtdirektors verlassen.

### Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach  
 Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5,  
 5789 Medebach  
 Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen

# FDP gesucht

Vor zwei Jahren befaßte sich der Rotdorn schon einmal mit der FDP im Medebacher Rat, die als Hauptwahlversprechen frischen Wind ins Rathaus bringen wollte. Nun nach 3 Jahren FDP im Stadtrat kann man feststellen, außer Spesen (immer noch für 2 FDP-Stadtvertreter) — nichts gewesen!

Wie sollte die FDP auch frischen Wind ins Rathaus bringen, wenn sie denn bei vielen Sitzungen überhaupt nicht, oder nur zu 50 Prozent und dann oft nur zeitweise anwesend ist? Man muß sich zudem fragen, was denn die FDP politisch überhaupt verändern will, wenn sie bei (fast) allen Entscheidungen, meistens kommentarlos, mit der „regierenden“ CDU stimmt. Da hätten die Wähler auch gleich die CDU wählen können! Für jemanden, der mit der CDU nicht einverstanden ist, ist die FDP in Medebach keine Alternative — nein, wenn man bedenkt, wie sich die FDP an der politischen Arbeit in Rat und Ausschüssen (nicht) beteiligt, kann man bei den Stimmen für die FDP wohl von verschenkten Stimmen sprechen.

Nur zwei Beispiele:

An den Sitzungen des Feuerwehrausschusses hat die FDP bereits seit über 2 Jahren nicht mehr teilgenommen, in den letzten 3 Sitzungen fehlte der FDP-Vertreter sogar unentschuldig.

Zudem sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es sich bei diesem Sitz der FDP im Feuerwehrausschuß um einen Sitz handelt, den die CDU freiwillig von ihren Sitzen an die FDP abgetreten hat. Solange die Medebacher CDU von den Wählern mit satten Mehrheiten versorgt wird, kann sie sich wohl solche sinnlosen Geschenke an die FDP leisten.

Die FDP ist übrigens auch im Rat nur noch mit einem Ratsmitglied vertreten, denn seit Februar 1987 hat sich der zweite FDP-Stadtvertreter in den Ratssitzungen nicht mehr sehen lassen.

Ja, so ist sie halt, die Medebacher FDP — eigentlich so überflüssig wie ein Kropf!

Das geht jeden an:

# Unsere Post ist in Gefahr

Seit Jahren fordern FDP und die Wirtschaftverbände, die Bundespost solle privatisiert werden.

Was Private wollen ist klar, sie wollen weder Briefe noch Zeitungen befördern, sie wollen auch nicht ein bundesweites Netz an Postämtern und Poststellen für die Postkunden bereithalten, sie wollen auch keine Sozialtelefone bereitstellen und schon gar nicht wollen sie rund 550.000 Postbediensteten und ihren Familien Arbeit und Einkommen sichern. Das einzige was sie wollen: Die Gewinne, die im Fernmeldebereich besonders beim Telefon möglich sind, sollen von nationalen und internationalen Konzernen abgesahnt werden.

Die Folgen einer Privatisierung des Fernmeldewesens wären verhängnisvoll für Bürger und Beschäftigte der Post. Die Gebühren würden auf jeden Fall steigen, vielerorts würde die Post vom flachen Lande verschwinden, tausende Arbeitsplätze bei der Post würden vernichtet — auf lange Sicht blühte der Post das gleiche Schicksal welchem schon die Bundesbahn zum Opfer gefallen ist.

Eine Luxuspost in den Ballungszentren und eine schlechte Postversorgung oder gar keine Post mehr auf dem flachen Lande (bei der Bahn ist es bereits so weit!).

Am 16. September 1987 hat eine gesondert dafür eingesetzte Regierungskommission dem Bundeskanzler nun Vorschläge unterbreitet, wie die „Privatisierung“ der Post durchgeführt werden soll. Das Wort „Privatisierung“ kommt zwar in dem ganzen Bericht nicht vor, man verwendet dafür (um Öffentlichkeit und Beschäftigte nicht zu beunruhigen) Formulierungen wie „Zulassung von privaten Anbietern“, „Einführung von mehr Wettbewerb bei der Post“ oder „Marktöffnung“, gemeint ist jedoch nichts anderes, als das was FDP-Politiker auch

ganz öffentlich aussprechen, die Post soll zumindest teilweise privatisiert werden.

Bisher hat die Post Verluste bei Briefen, Paketen und Zeitungen durch Gewinne beim Telefon ausgeglichen, zudem wurden jährlich Milliardenbeträge an den Bundeshaushalt abgeliefert und Jahr für Jahr auch noch gute Gewinne ausgewiesen.

Gehen die Gewinne beim Telefon an Private, bleiben der Post nur noch die Verluste und dieses ist der Anfang vom Ende der Bürgerpost.

Es gibt eigentlich keinen Handlungsbedarf das erfolgreiche Staatsunternehmen Bundespost zu verändern. Die Bundespost unterhält ein breites Netz an Postämtern und Poststellen, die Gebühren sind sozial ausgewogen und im internationalen Vergleich angemessen. Die Bundespost trägt mit ihren jährlichen Investitionen in Milliardenhöhe ganz erheblich zur Sicherung von Tausenden von Arbeitsplätzen gerade in mittelständischen Betrieben bei, zudem ist sie selbst mit rund 550.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber im Lande und mit rund 50.000 Nachwuchskräften auch der größte bundesdeutsche Ausbilder.

Alles dieses wird durch die Profitgier von Konzernen und durch die unverantwortliche Politik der FDP und auch weiter Teile der CDU in Frage gestellt.

Wissen diese „Privatisierungshaie“ eigentlich was sie da für einen Flurschaden anrichten?

Aber so ist das nun mal wenn's um das große Geld geht, dann spielen Allgemeinwohl und Arbeitsplätze nur noch eine untergeordnete Rolle.

Wer nicht will, daß die Post zerschlagen wird, muß Postgewerkschaft, Sozialdemokraten und alle anderen Kräfte die keine Privatisierung der Post wollen (hierzu zählt übrigens auch die Bayrische CSU!) unterstützen.

In Großbritannien wurde die Post vor einigen Jahren privatisiert; die Ergebnisse kennen wir:

- Die Post- und Fernmeldegebühren werden drastisch erhöht
- 30.000 Arbeitsplätze gingen verloren
- Die Privaten lassen jetzt ihre Fernmeldeausrüstung in Billiglohnländern wie Korea herstellen — die Auswirkungen auf die britischen Zulieferbetriebe sind katastrophal
- selbst Befürworter der Privatisierung führen heute bewegte Klage

**Soweit darf es bei uns nicht kommen!**

**Den Privatisierungshaien keine Chance!**

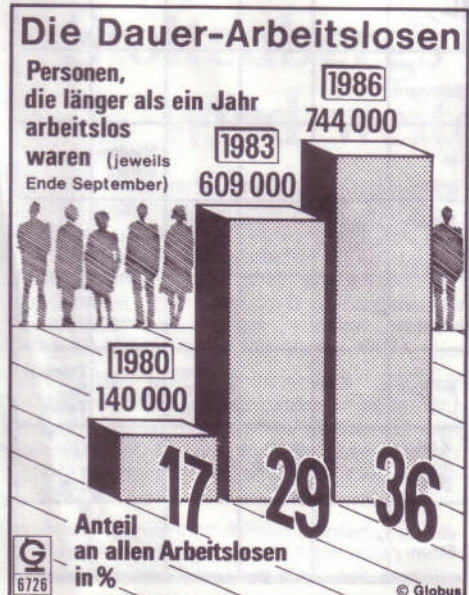
# NRW stockt Mädchenprogramm auf

Angeregt von der SPD im Hochsauerland wird die Landesregierung das bisher bereits bestehende Mädchenprogramm verbessern.

Wie aus dem Hause von Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen zu hören war, soll der Landeszuschuß für neue Mädchen-Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen von bisher 200 auf 300 DM pro Monat erhöht werden. Ziel des Mädchen-Programms ist es, weiblichen Jugendlichen eine erweiterte Berufswahl zu ermöglichen und dem Facharbeitermangel entgegen-

zuwirken. Zu diesem Zweck soll Betrieben des gewerblich-technischen Bereichs Anreize für eine verstärkte Ausbildung weiblicher Jugendlicher in solchen Berufen gegeben werden, die bisher nahezu ausschließlich männlichen Auszubildenden vorbehalten waren.

Wenn man bedenkt, daß zwei Drittel aller Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, Mädchen sind, ist diese Maßnahme zudem als eine Initiative der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu sehen.



# Erste Seniorenveranstaltung der SPD-Medebach

Der SPD-Ortsverein veranstaltete Ende Juli erstmals einen Seniorennachmittag für die älteren Bürger. Der Seniorenbeauftragte der Medebacher SPD, Peter Marziniak, freute sich besonders über den guten Besuch bei dieser erstmals in Medebach durchgeführten Veranstaltung. Für das leibliche Wohl, so Marziniak, war bestens gesorgt. Zudem wurden die Teilnehmer auch musikalisch unterhalten, ja und getanzt wurde auch.

Bei der Verabschiedung der Teilnehmer kündigte Marziniak bereits das an, was der Vorstand mittlerweile auch beschlossen hat, im nächsten Jahr wird es wieder einen SPD-Senirennachmittag geben.

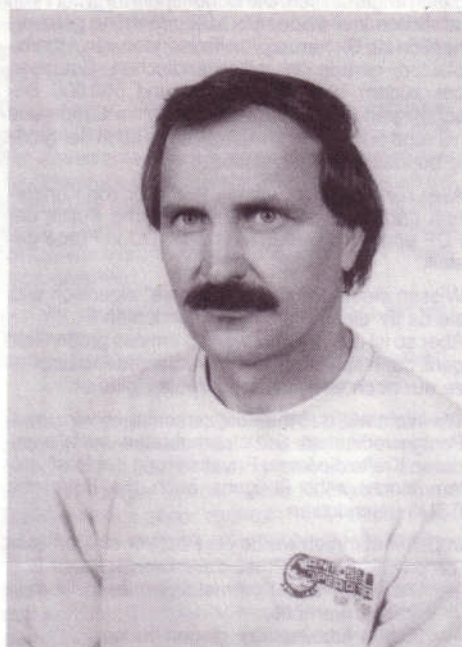
**Sichert die Post - Rettet das Fernmeldewesen**

**DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT**

## Zur Person:

In der rotdorn-serie „Zur Person“ werden die aktiven Mitglieder der SPD Medebach vorgestellt.

Die Serie wird in unseren Ausgaben bis 1989 jeweils mit 1 - 2 Medebacher Sozialdemokraten fortgesetzt. Wir wollen den Rotdorn-Lesern bis zur nächsten Kommunalwahl unsere jetzigen und vielleicht zukünftigen SPD-Stadtvertreter in alphabetischer Reihenfolge vorstellen.



**Dietmar Bügler**  
\* 25. 01. 1943  
Roninghausen 5  
5789 Medebach

**Rotdorn:** Herr Bügler, kommen wir zur ersten Frage, wie sind Sie eigentlich zur SPD gekommen?

**Bügler:** Ich bin 1965 in die SPD eingetreten. Ein Freund, der mich wegen meiner sozialen Einstellung schätzte, fragte mich (er war schon in der SPD), ob ich nicht in den Ortsverein (ich wohnte damals noch in Hamm) eintreten wolle. Da auch in meinem Elternhaus sehr positiv über die Sozialdemokratie gesprochen und gedacht wurde, habe ich mich sehr gerne zu diesem Beitritt entschlossen.

**Rotdorn:** Sie sagen, Sie wohnen 1962 in Hamm, wann und unter welchen Umständen sind Sie nach Medebach gekommen?

**Bügler:** Nachdem ich 4 Jahre als Bergmann gearbeitet habe, wechselte ich den Beruf, und bin nach Bochum zu einer Hochspannungsfreileitungsbau-firma gegangen. Eine dieser Hochspannungsleitungen war eine Leitung von Steinhelle nach Medebach. Ich nahm während der Bauarbeiten mein Quartier in Medebach. Hier lernte ich dann während dieser Zeit meine Frau kennen. Wir heirateten und so zog ich 1970 nach Medebach-Roninghausen.

**Rotdorn:** Und wie haben Sie dann Kontakt zur Medebacher SPD bekommen?

**Bügler:** Dieses war eine interessante Begebenheit. Als mein damals noch lebender Schwiegervater Förster Middel, wegen einer Krankheit sehr oft von seinem Hausarzt Dr. Becker besucht wurde, ergab es sich zwangsläufig, daß ich mit Dr. Becker auch über Politik sprach. Dabei stellte sich heraus,

daß Dr. Becker SPD-Stadtvertreter im Medebacher Rat war. Als er von meiner Mitgliedschaft erfuhr, fragte er mich spontan, ob ich denn nicht auch aktiv bei der Medebacher SPD mitarbeiten wolle. Man muß wissen, daß die SPD damals in Medebach noch sehr schwach war und somit jede Unterstützung gebrauchen konnte.

**Rotdorn:** Herr Bügler, wie ging es dann weiter bei Ihnen, beruflich und in der SPD?

**Bügler:** Nachdem ich nach Medebach gezogen war, bin ich über den zweiten Bildungsweg nach Karlsruhe gegangen und habe eine Ausbildung zum Informationselektroniker abgeschlossen. Anschließend bin ich von einer großen Dentalfirma eingestellt worden. Meine Tätigkeit liegt bis heute darin, neue Praxen zu erstellen und den technischen Service für bestehende Praxen durchzuführen.

In der Partei war meine erste Berufung die Wahl in den Unterbezirksvorstand der SPD Hochsauerland, dem ich dann bis 1984 angehörte. 1979 wurde ich in den Rat der Stadt Medebach gewählt. Ein Jahr später wurde ich als Nachfolger von Jürgen Reinold zum Vorsitzenden der SPD Medebach gewählt. Ja und in den Kreistag des Hochsauerlandkreises wurde ich dann 1984 gewählt.

**Rotdorn:** Wo liegen denn Ihre politischen Arbeitsschwerpunkte im Rat und im Kreistag?

**Bügler:** Die Schwerpunkte der Kommunalpolitik in Medebach liegen bei mir im Bereich der Umwelt und des Sportes. Ich gehöre dem Ausschuß für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft, dem Wasserwerk-ausschuß und dem Jugend-Kultur und Sport-ausschuß an. Im Sportausschuß, dessen Vorsitzender ich seit 1979 bin, habe ich mich besonders für die Schaffung und Weiterentwicklung der Sportstätten eingesetzt. Mein Bestreben war und ist es, immer ein offenes Ohr für die Probleme der Sportvereine und der Sportler zu haben.

Im Kreistag arbeite ich für die SPD-Fraktion im Gesundheits- und Sozialausschuß, im Sportaus-schuß (natürlich!) und im Land- und Forstaus-schuß, in dem ich auch Sprecher meiner Fraktion bin.

**Rotdorn:** Gibt es neben Ihrer parlamentarischen Arbeit auch noch andere politische Schwerpunkte?

**Bügler:** Ja — der SPD Unterbezirksvorstand hat mich zum verantwortlichen Vorsitzenden der Gleichstellungskommission gewählt. Auch eine Unterbezirkskommission für Ausländerfragen habe ich eine Zeitlang geführt.

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist mir schon immer ein Herzensanliegen gewesen. Auf diesem Gebiet gibt es auch bei den Sozialdemokraten noch viel zu tun — wie zum Beispiel die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse von Nürnberg, wonach 40% aller Parteifunktionen mit Frauen zu besetzen sind.

So habe ich mich auch bereits 1984 besonders dafür eingesetzt, daß auf der Liste der SPD erstmals eine Frau in den Medebacher Rat gewählt werden konnte.

Die eigentlich dem Parteivorsitzenden zugeordnete Position des stellvertretenden Bürgermeisters habe ich dann auch demonstrativ unserer ersten Frau im Rat zur Verfügung gestellt.

Auch weiterhin werde ich mich dafür einsetzen, daß es bei dieser einen Frau im Rat nicht bleibt.

**Rotdorn:** Die SPD hat es in Medebach bekanntlich schwer, aber gab es für Sie auch während Ihres politischen Wirkens besonders erfreuliche Situationen?

**Bügler:** Sicherlich, besondere Freude hatten wir 1979 bei der Kommunalwahl. Ich kandidierte zum ersten Mal, als wir unsere Mandate im Rat von 4 auf 8 verdoppeln konnten. Zwar immer noch sehr wenig gegenüber der CDU, aber doch ein sehr motivierendes Ereignis für mich und meine Freunde. Leider trübte sich dieses positive Ergebnis 1984 wieder ein wenig, wir verloren ein Mandat an die erstmals kandidierende FDP.

**Rotdorn:** Nach soviel Politik mal eine andere Frage, bleibt Ihnen eigentlich auch noch Zeit für Familie und Hobby?

**Bügler:** Hier möchte ich ganz deutlich sagen, und dieses meine ich nicht als Worthülse, sondern aus meiner tiefsten Überzeugung, daß es ohne das große Verständnis meiner Frau für alle meine Tätigkeiten nie zu dieser wirksamen Arbeit gekommen wäre. Zumal ja neben der Politik meine besondere Liebe dem Fußballsport gehört. Wie die meisten Leute, die mich kennen, wissen, bin ich seit 22 Jahren Schiedsrichter im Fußball Landesverband Westfalen. Ich werde eingesetzt bis in die höchste Amateurlasse. Mein Ziel, einmal Bundesligaschiedsrichter zu werden, habe ich leider, bedingt durch einen Beinbruch (und 2 Jahre Pause) nicht erreicht. Seit 5 Jahren bin ich auch Staffelleiter der Kreisliga A des Fußballkreises Brilon. Der Donnerstagabend ist für meinen Kegelclub reserviert. Ja und sollte dann noch ein bisschen Freizeit übrig sein, dann fahre ich Motorrad, aber viel Zeit bleibt dafür allerdings nicht.

**Rotdorn:** Herr Bügler, abschließend möchten wir gerne wissen, was erhoffen oder wünschen Sie sich für die Zukunft?

**Bügler:** Dieses möchte ich in 3 Bereiche einteilen:

Erstens wünsche ich mir, was sich sicherlich jeder Mensch wünscht, nämlich Frieden und Abrüstung, Erhaltung der Natur und der Umwelt sowie Abbau aller Atomanlagen (auch wegen Tschernobyl). Ich bin froh, daß uns eine Wiederaufarbeitungsanlage in Wangershausen erspart geblieben ist!

Zweitens — für die SPD in Medebach wünsche ich mir einmal so eine Stärke im Stadtparlament, welche es uns ermöglicht, sich gegen die satte CDU richtig, und so wie ich meine sicherlich zum Wohle der Bürger in Medebach, nicht nur mit guten Argumenten sondern auch mit politischer Mehrheit durchsetzen zu können.

Und schließlich Drittens wünsche ich meiner Familie und mir Gesundheit, soziales Auskommen und immer eine glückliche Hand bei meinen Entscheidungen in der Familie, in der Politik und beim Sport.

**Rotdorn:** Herr Bügler, wir wünschen Ihnen das, was Sie sich für die Zukunft wünschen, wir danken Ihnen für das Gespräch.

| Schulle         | Abk. für per Prokura | ital. Wall-fahrts-ort | lat.: ist             | persönl. Fürwort | Luft-trübung       |
|-----------------|----------------------|-----------------------|-----------------------|------------------|--------------------|
| ▶               |                      |                       |                       |                  |                    |
| Schwank▶        |                      |                       |                       |                  |                    |
| ▶               |                      |                       |                       | Nieder-schlag    |                    |
| Schlüs-sel-teil | männl. Schwein       |                       | Skat-aus-druck        | ▶                |                    |
| Hunnen-könig    |                      |                       |                       |                  |                    |
| ▶               |                      |                       | Zeichen für Mo-lybdän |                  | Zeichen für Tellur |
| Kimo-no-gürtel  |                      | germ. Honig-bier      | ▶                     |                  | ®                  |
| südfrz. Strom   | ▶                    |                       |                       |                  |                    |